

Frau Bezirksbürgermeisterin
Pia Kötter
Bezirksvertretung Cronenberg

Antrag

zur Sitzung am
24.06.26

Gremium
BV Cronenberg

Antrag 9 an die Bezirksvertretung Wuppertal-Cronenberg

Betreff: Förderung ehrenamtlichen Engagements in Cronenfeld durch vergünstigte Mobilität im ÖPNV – Bitte um Befassung des Rates

Beschlussvorschlag

Die Bezirksvertretung Wuppertal-Cronenberg möge beschließen, den Rat der Stadt Wuppertal zu bitten, gemeinsam mit der Verwaltung und den zuständigen Gremien zu prüfen, mit welchen Mobilitätsanreizen ehrenamtliches Engagement im Quartier Cronenfeld unterstützt werden kann, insbesondere durch eine vergünstigte Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs oder vergleichbare Mobilitätshilfen für ehrenamtlich Engagierte.

Der Rat wird gebeten, die Verwaltung zu beauftragen,

- zu prüfen, ob und in welcher Form für ehrenamtlich engagierte Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers Cronenfeld ein vergünstigter Zugang zum ÖPNV geschaffen werden kann (z. B. Modellprojekt, Zuschuss, Mobilitätsbonus, Sonderregelung für eine definierte Zielgruppe),
- zu klären, ob eine Anknüpfung an bestehende Instrumente der Anerkennung von Ehrenamt, etwa die Ehrenamtskarte des Landes NRW oder eine kommunale Bescheinigung ehrenamtlichen Engagements, möglich ist,
- in Abstimmung mit den Wuppertaler Stadtwerken und dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr mögliche rechtliche, organisatorische und finanzielle Modelle darzustellen und eine erste Einschätzung zur Umsetzbarkeit eines Pilotprojekts für Cronenfeld zu geben.

Begründung

Ehrenamtliches Engagement ist ein zentraler Baustein für den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität im Quartier. Gerade in einem Stadtteil wie Cronenfeld, in dem

Nachbarschaftshilfe, Beteiligung im öffentlichen Raum und Projekte für das Quartiersleben gestärkt werden sollen, ist Mobilität eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Menschen sich engagieren und ihre Aufgaben zuverlässig wahrnehmen können.

Ein Mobilitätsanreiz in Form vergünstigter ÖPNV-Nutzung oder vergleichbarer Unterstützung wäre deshalb zugleich ein Zeichen der Wertschätzung und eine konkrete praktische Erleichterung für Bürgerinnen und Bürger, die sich freiwillig für andere einsetzen. Vergleichbare Ansätze, bei denen ehrenamtlich Engagierte von Vergünstigungen profitieren, zeigen, dass eine Verknüpfung von Anerkennung und Mobilität grundsätzlich möglich ist.

Darüber hinaus spricht auch der Klimaschutz für eine solche Prüfung. Die Stadt Wuppertal benennt in ihrer Klimastrategie ausdrücklich den Ausbau und die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie die Verlagerung des Verkehrs vom Auto auf andere Mobilitätsformen als wichtige Aufgaben einer zukunftsfähigen Mobilitätspolitik.

Ein vergünstigter Zugang zum ÖPNV kann dazu beitragen, den Umstieg oder Teilmstieg vom Auto auf Bus und Bahn zu erleichtern und attraktiver zu machen. Gerade für Menschen, die regelmäßig ehrenamtliche Wege im Quartier oder in der Stadt zurücklegen, kann ein solcher Anreiz helfen, das Auto häufiger stehen zu lassen und klimafreundliche Mobilität im Alltag einzuüben.

Zugleich kann eine stärkere Nutzung des ÖPNV auch im Interesse des Nahverkehrssystems liegen, weil zusätzliche Fahrgäste grundsätzlich zu höheren Nutzungserlösen und zu einer stärkeren Verankerung des Angebots im Alltag beitragen können. Allerdings ist dabei realistisch zu berücksichtigen, dass die Finanzierung des ÖPNV insgesamt komplex ist und trotz wachsender Fahrgastzahlen weiterhin unter erheblichem Kostendruck steht.

Gerade deshalb ist ein Prüfauftrag an den Rat und die Verwaltung sinnvoll. Er ermöglicht, auszuloten, ob ein gezielter Mobilitätsanreiz für ehrenamtlich Engagierte im Quartier Cronenfeld sowohl als Anerkennung des Ehrenamts als auch als Beitrag zu Klimaschutz, Verkehrswende und einer stärkeren Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs ausgestaltet werden kann.

„Wer ehrenamtliches Engagement stärken will, sollte zugleich klimafreundliche Mobilität erleichtern; ein vergünstigter Zugang zum ÖPNV kann beides verbinden – Anerkennung für freiwilligen Einsatz und einen praktischen Anreiz zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn.“

Gudrun Küppershaus
Vertreterin der Partei die DIE LINKE